

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	17
Einleitung	21
Kapitel 1. Die Beweisverbote in der Bundesrepublik Deutschland	25
A. Begriffsbestimmungen	25
B. Die Funktion der Beweisverwertungsverbote im deutschen Strafprozessrecht	28
I. Schutz der Wahrheitsfindung	29
II. Disziplinierung der Strafverfolgungsorgane	30
III. Schutz der spezialpräventiven Strafzwecke	36
IV. Schutz der generalpräventiven Strafzwecke	38
V. Schutzfunktion der Individualrechte des Bürgers	41
VI. Stabilisierung von Normen	42
C. Unselbstständige Beweisverwertungsverbote in der Rechtsprechung	47
I. Von der Rechtsprechung des Reichsgerichts bis zur Rechtskreistheorie	47
II. Die Kriterien der Rechtsprechung zur Feststellung von unselbständigen Beweisverwertungsverböten	51
III. Die Widerspruchslösung	54
D. Die Rechtsprechung des BVerfG zu den selbständigen Beweisverwertungsverböte	56
E. Einheitskonzeption der Beweisverböte	59
F. Die in der Literatur entwickelten Beweisverbötslehren bezüglich der unselbständigen Beweisverböte	60
I. Einleitung	60
II. Die Funktionslehre (Zwecktheorie)	62

III.	Die Kritik an der Funktionslehre	62
IV.	Die Schutzzwecklehre	63
V.	Die Kritik an der Schutzzwecklehre	67
VI.	Die Lehre vom informationellen Folgenbeseitigungs- und Unterlassungsanspruch	71
VII.	Die Kritik an der Lehre vom informationellen Folgenbeseitigungs- und Unterlassungsanspruch	73
VIII.	Die Abwägungslehre	75
IX.	Die Kritik an der Abwägungslehre	76
X.	Die normative Fehlerfolgenlehre	79
XI.	Die Kritik an der normativen Fehlerfolgenlehre	82
XII.	Stellungnahme	83

Kapitel 2. Der Beweisausschluss im chilenischen Strafverfahren	87
A. Rechtshistorische Einführung: der <i>Código de Procedimiento Penal</i> von 1906	87
B. Der <i>Código Procesal Penal (CPP)</i> aus dem Jahr 2000	90
C. Begriffsbestimmungen	93
D. Die in Art. 276 CPP gesetzlich normierte Ausschlussregel	94
E. Die Funktion der Beweisverbote im chilenischen Recht	96
I. Die Achtung der Integrität der Rechtsordnung bzw. die Gewährleistung der ethischen Funktion der staatlichen Handlung als Zweck der Beweisverbote	96
II. Die Disziplinierung der Strafverfolgungsorgane als Funktion der Beweisverbote	97
III. Die Achtung der Menschenrechte bzw. der strafprozessualen Garantien im Strafverfahren als Funktion der Beweisverbote	98
IV. Die Funktion der Beweisverbote nach der Rechtsprechung	99
V. Stellungnahme	99

F.	Der erste Beweisausschlussgrund von Art. 276 Abs. 3 CPP: Ausschluss von Beweiselementen, die aus nichtig erklärten Handlungen oder Ermittlungen stammen	101
I.	Anwendungsbereich des ersten Beweisausschlussgrunds von Art. 276 Abs. 3 CPP	102
II.	Die prozessuale Nichtigkeit in der Hauptverhandlung	104
G.	Zweiter Beweisausschlussgrund von Art. 276 Abs. 3 CPP: Beweiselemente, die unter Verstoß gegen grundrechtliche Garantien erlangt wurden	105
I.	Der Begriff der „grundrechtlichen Garantien“ und seine Bedeutung für das Strafverfahren	106
II.	Die Art der verletzten Norm als entscheidendes Kriterium für die Feststellung eines unzulässigen Beweises	108
III.	Eventuelle Relativierungen der Ausschlussregel durch Abwägungen im Einzelfall	111
IV.	Aktiv- und Passivlegitimation beim Beweisausschluss gemäß der zweiten Hypothese des Art. 276 Abs. 3 CPP	112
V.	Einheitskonzeption der Beweisverbote in Chile	113
1.	Zwischenverfahren	113
2.	Anfechtungsmöglichkeiten des AAJO	114
3.	Ermittlungsverfahren	116
4.	Hauptverhandlung	118
H.	Selbständige Beweisverwertungsverbote im chilenischen Recht	121
I.	Zwischenergebnis	122
Kapitel 3. Die Beweisverbotslehre im US-amerikanischen Recht unter besonderer Berücksichtigung der Fernwirkungsproblematik		127
A.	Die „exclusionary rule“	127
I.	Inhalt	127
II.	Materielle Begründung	130
III.	Ausnahmen	132
B.	Fernwirkung im US-amerikanischen Recht: „ <i>fruit of the poisonous tree doctrine</i> “	133

I.	Inhalt	133
II.	Einschränkungen der Fernwirkung	134
	1. Die „independent source exception“	135
	2. Die „inevitable discovery exception“	139
	3. Die „purged taint exception“ oder „attenuated connection“	144
	4. Weitere Einschränkungen	148
C.	Zwischenergebnis	150

Kapitel 4.	Die Fernwirkung der Beweisverbote im deutschen Strafprozessrecht	155
A.	Abgrenzung des Problems und Grundlagen für die Feststellung von Fernwirkungsfällen	155
I.	Die Fernwirkung der Beweisverwertungsverbote im engen und weiten Sinne	155
II.	„Unmittelbare/primäre“ und „mittelbare/sekundäre“ Beweismittel	157
III.	Die Fortwirkung von Beweisverwertungsverböten	158
IV.	Die Frühwirkung von Beweisverwertungsverböten	159
B.	Die Fernwirkung der Beweisverwertungsverböte in der deutschen Rechtsprechung	159
I.	Die Rechtsprechung des BGH	161
II.	Instanzzgerichte	166
III.	Die Rechtsprechung des BVerfG	169
IV.	Stellungnahme	169
	1. Kriminalpolitische Argumente: Die Lahmlegung des gesamten Strafverfahrens und die Notwendigkeit einer wirksamen Verbrechensbekämpfung	170
	2. Dogmatische strafprozessuale Argumente: Der Kausalzusammenhang und die Hypothese rechtmäßiger Beweiserlangung	175
	3. Die vermittelnde Auffassung	178

C. Die Fernwirkung der Beweisverwertungsverbote in der Literatur	180
I. Ablehnende Stellungnahmen	182
1. Der Wortlaut des § 136 a StPO als Ablehnungsgrund	182
2. Die Auslegung des Verwertungsbegriffs als Ablehnungsgrund	182
3. Unerträgliche kriminalpolitische Folgen als Ablehnungsgrund	183
4. Ablehnung aufgrund eines fehlenden Zusammenhangs zwischen dem Rechtsfehler und dem mittelbaren Beweismittel	183
5. Humanitäre und öffentliche Interessen als Ablehnungsgrund	184
6. Die Fernwirkung als Fremdkörper im deutschen Recht	185
7. Weitere ablehnende Meinung	187
II. Befürwortende Stellungnahmen	187
1. Fernwirkung als eine Folge des Wortlautes des § 136 a Abs. 3, S. 2 StPO	187
2. Fernwirkung gemäß dem Willen des Gesetzgebers	188
3. Fernwirkung als Folge des Begriffes „Verwertung“	188
4. Fernwirkung aufgrund der Funktion des Verwertungsverbots	190
5. Fernwirkung im Rahmen der Lehre vom informationellen Folgenbeseitigungs- und Unterlassungsanspruch	190
6. Fernwirkung als Bekräftigung der Effizienz von Beweisverwertungsverböten	192
7. Fernwirkung wegen der Umgehungsgefahr von Beweisverwertungsverböten	192
8. Fernwirkung als notwendige Folge einer prozessual unzulässigen Primär-Erkenntnisquelle	193
9. Fernwirkung aufgrund der Entwicklung der polizeilichen Eingriffsbefugnisse im Ermittlungsverfahren	193
10. Fernwirkung zur Vermeidung einer Besserstellung der Strafverfolgungsorgane	193

11. Fernwirkung als Folge der materiellen Funktion des Strafverfahrens	194
III. Die vermittelnden Auffassungen	194
1. Der Schutzzweck der Norm in der Fernwirkungsproblematik	194
2. Die Fernwirkung der Beweisverwertungsverbote in der sog. Beweisbefugnislehre	198
3. Fernwirkung nach der Einzelfallabwägung	199
a) Abwägung zwischen widerstrebenden Interessen	199
b) Moderne Auffassungen der Abwägungslehre	200
4. Kausale und normative Merkmale	203
IV. Stellungnahme	205
1. Ablehnung extremer Positionen	206
a) Die Gesetzesumgehungsgefahr als unerträgliche Folge der allumfassenden Verneinung einer Fernwirkung	206
b) Die „Offenkundigkeit“ eines Beweismittels: ein irreführendes Argument	207
c) Die Kausalitätsprüfung als Entstehungsvoraussetzung eines Fernwirkungsfalls	208
d) Inkonsistenz bei der Behandlung von schwerwiegenden Rechtsverletzungen bei der Erlangung von mittelbaren Beweismitteln	208
e) Die Kritik an der unbegrenzten Anerkennung einer Fernwirkung von Beweisverwertungsverböten	209
f) Die Beschlüsse des 67. Deutschen Juristentages und die extremen Positionen	210
2. Fernwirkung und Funktion von Beweisverwertungsverböten	210
3. Die Kritik am Wortlaut der Norm	212
4. Die Kritik an der Schutzzwecktheorie	213
5. Die Kritik an der „doppelten“ Abwägung	213
V. Eigene Ansicht	215
1. Die Struktur der mittelbaren Beweisergebnisse	217

2. Autonomie bei der Prüfung des kausalen und normativen Zusammenhangs bezüglich des mittelbaren Beweismittels 218
3. Die normstabilisierende Funktion der Beweisverwertungsverbote in der Fernwirkungsproblematik 218
4. Die Ausnahme des Fernwirkungsgrundsatzes 219
5. Das Prüfungsschema der Fernwirkungsfrage 220

Kapitel 5. Die Fernwirkung der Beweisverbote im chilenischen Recht 223

- A. Die Fernwirkung der Beweisverbote in der chilenischen Rechtsprechung 223
 - I. Einleitung 223
 - II. Die Rechtsprechung der *Corte Suprema* 224
 - III. Die Rechtsprechung der *Cortes de Apelaciones* (Berufungsgericht) 229
 - IV. Stellungnahme 230
 1. Grundsätzliche Anerkennung einer Fernwirkung von Beweisverboten in der chilenischen Rechtsprechung 230
 2. Ausnahme des Fernwirkungsgrundsatzes 231
- B. Die Fernwirkung der Beweisverbote in der Literatur 234
 - I. Die Position der Lehre 234
 - II. „Oficio FN Nr. 284/2010“ des Generalstaatsanwalts 237
 - III. Stellungnahme 238
 - IV. Die Kritik an der Stellungnahme der Generalstaatsanwaltschaft im „Oficio FN Nr. 284/2010“ 241

Kapitel 6. Der kausale Zusammenhang zwischen einer durch einen Prozessverstoß erlangten Wissensnutzung und der Erlangung von mittelbaren Beweismitteln im deutschen Recht 243

- A. Die Äquivalenztheorie 244

- B. Die alternative Kausalität 245
- C. Richtlinien für die Prüfung des Kausalzusammenhangs 246

**Kapitel 7. Der Kausalzusammenhang im chilenischen
Recht 249**

- A. Der fehlende Kausalzusammenhang im chilenischen Recht 250
- B. Leitlinien für die Prüfung der Kausalität 251

**Kapitel 8. Der Relevanzverlust des festgestellten
Kausalzusammenhangs durch ein
dazwischentretendes Ereignis im
deutschen Recht 253**

- A. Der Zeitablauf 256
- B. Die freiwillige und nicht mehr vom Verfahrensfehler
beeinflusste Handlung des Zeugen bzw. des Beschuldigten 257
- C. Die Bedeutung des Verfahrensverstößes für das rechtlich
geschützte Interesse des Betroffenen 261

**Kapitel 9. Der Relevanzverlust des festgestellten
Kausalzusammenhangs durch ein
dazwischentretendes Ereignis im chilenischen
Recht 263**

- A. Die Voraussetzungen des „Oficio FN Nr. 284/2010“ für die
Feststellung eines abgeschwächten Zusammenhangs 265

**Kapitel 10. Die hypothetischen Ermittlungsverläufe im
deutschen Recht 267**

- A. Darstellung des Problems 267
- B. Die Rechtsprechung des BGH und der OLG bezüglich der
Berücksichtigung von hypothetischen Ermittlungsverläufen im
Strafprozessrecht 268

I.	Entscheidungen, bei denen die Rechtsprechung hypothetische Ermittlungsverläufe zulässt	269
II.	Entscheidungen, bei denen die Rechtsprechung hypothetische Ermittlungsverläufe verneint	271
C.	Die Rechtsprechung des BGH und der OLG hinsichtlich der Berücksichtigung von hypothetischen Ermittlungsverläufen in der Fernwirkungsproblematik	272
D.	Der Meinungsstand in der Literatur	273
E.	Stellungnahme und Begründung der Beachtung der hypothetischen Ermittlungsverläufe im Strafverfahren	278
I.	Grenzen und Beschränkungen bei der grundsätzlichen Berücksichtigung von Verlaufshypothesen in der Lehre und Rechtsprechung	282
II.	Eigene Ansicht	284
III.	Die Wirkung der hypothetischen Ermittlungsverläufe im Zusammenspiel einer durch einen Prozessverstoß erlangten Wissensnutzung und der Erlangung von mittelbaren Beweismitteln	286
F.	Das Bezugsobjekt der Hypothese	288
G.	Die Bildung der Verlaufshypothese	290
I.	Abstrakte oder konkrete Hypothesenbildung?	290
II.	Erforderliches Beweismaß zur Berücksichtigung von Verlaufshypothesen	295
III.	Beweislast und Prüfung des hypothetischen Ermittlungsverlaufs	297
 Kapitel 11. Die hypothetischen Ermittlungsverläufe im chilenischen Recht		
A.	Die hypothetischen Ermittlungsverläufe in der chilenischen Rechtsprechung	299
B.	Begründung der Berücksichtigung hypothetischer Ermittlungsverläufe im chilenischen Strafprozessrecht	300

C. Die Wirkung hypothetischer Ermittlungsverläufe auf den Zusammenhang zwischen Rechtsverstoß und Beweiserlangung im chilenischen Recht	301
D. Grenzen der Berücksichtigung von Verlaufshypothesen im chilenischen Recht	301
E. Hypothesenbildung und erforderliches Beweismaß zur Berücksichtigung von Verlaufshypothesen im chilenischen Recht	303
 Kapitel 12. Darf die sog. „good faith exception“ bei der Fernwirkung von Beweisverboten im deutschen und chilenischen Recht eine Rolle spielen?	 305
 Schlussfolgerungen	 309
 Literaturverzeichnis	 315